

Die Sozialdemokraten haben die Gesundheits-Strukturreform '93 Marke Seehofer/Dreßler offenbar schon abgehakt. Beim außerordentlichen Parteitag der SPD am 16./17. November in der Bonner Beethovenhalle verlor der SPD-Parteivorsitzende Björn Engholm in seiner Grundsatztrede über eine Vielzahl von Politikfeldern jedenfalls kein einziges Wort zu dem von seiner Partei wesentlich mitgeprägten Gesetzespaket, das am 1. Januar 1993 in Kraft treten soll. Auch das fällige Antragsbündel zur Innen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik behandelte das Gesundheitswesen eher wie eine Pflichtübung und wie eine der Komplexität dienende Marginalie. Die im Antragskonvolut unter dem Stichwort „Soziale Gerechtigkeit schaffen – inneren Frieden sichern“ enthaltene, nur drei Randziffern umfassende gesundheitspolitische Passage wurde ohne Debatte auf Empfehlung der Antragskommission ersatzlos gestrichen. In den so *ohne* den Segen des Parteitages gebliebenen programmatischen

SPD-Parteitag

Abgehakt

Aussagen und Forderungen wurde zum Teil nur das repetiert, was seit Lahnstein und seit der Akzeptanz von Rudolf Dreßlers fraktionenübergreifenden materiell-rechtlichen Änderungen des GSG-Entwurfs so geschmiert (für die SPD und CDU/CSU) läuft. Die nächste Etappe einer wirklichen, „durchgreifenden“ Struktur- und Organisationsreform im Gesundheitswesen müsse unmittelbar folgen.

Die SPD bekennt sich zum Sparen durch Umbau und Umschichten im Sozialstaat. Die „Ungerechtigkeiten der Steuer- und Familienpolitik, Wohnungsnot, Kostenexplosion im Gesundheitswesen, Pflegenotstand und die mit der ungesteuerten Zuwanderung verbundenen Folgeängste“ zeigten, „daß der soziale Friede ... bedroht“ sei, heißt es in einem angenomme-

nen Antrag zur Sozialpolitik. Die SPD will den Sozialstaatsauftrag des Grundgesetzes durch eine Umorientierung der Sozialpolitik erfüllen. Statt quantitativem Ausbau müsse künftig der qualitative Umbau des Sozialstaates Vorrang haben. Absolute Priorität hat für die SPD unter dieser Devise die Erhöhung des Kindergeldes auf 250 DM ab erstem Kind – und, ohne Wenn und Aber: die solidarische, sozialrechtliche Absicherung des Pflegerisikos in einer Volksversicherung und als fünfte Säule der Sozialversicherung. Kompensationen zu Lasten der Arbeitnehmer – etwa durch Einführung eines Karenztages – werden als „unsozial“ und als eine üble Zumutung abgelehnt.

Der Solidaritätszuschlag, weil er Besserverdienende besonders trifft, müsse bereits 1993 reanimiert werden. Die sozial Schwächeren müßten geschont werden. Da überrascht es nicht, daß die SPD Selbständige, Beamte, Minister und Abgeordnete mit einer „Arbeitsmarktabgabe“ zur Kasse bitten will. HC

Festverzinsliche rentieren zur Zeit mit rund 8 Prozent, in Deutschland etwas weniger, in Frankreich etwas mehr. Deutlich mehr gibt es für Anleihen inflationsverdächtiger Länder wie Italien. Spitzenrenditen erzielen Anleihen der früheren sowjetischen Außenhandelsbank. Falls die Zinsen gezahlt werden. Die hohe Rendite ist somit Ausdruck eines sehr hohen Risikos.

Dieselben Leute, die von den alten Sowjetanleihen aus gutem Grund die Finger lassen, vertrauen ihr Geld windigen Finanzberatern an, die ihnen – auch im Anzeigenteil des DÄ – gleichfalls Renditen von 15 und 20 Prozent versprechen.

Unter den Opfern von Anlagehagen rangieren Ärzte ganz oben. Ärzte scheinen prädestiniert zu sein, bei Geldanlagen irrational zu handeln. Ein Grund dafür ist der Wunsch nach Dis-

Geldanlage

Diskrete Reinfälle

krektion. Man geht nicht zur Bank, weil man dem Bankgeheimnis nicht so ganz traut, man fährt auch nicht ins einschlägige Ausland, weil es lästig ist. Statt dessen landet man bei einem dieser Verkäufer, die ins Wohnzimmer kommen oder das Geschäft am Telefon abmachen und alles versprechen, was man hören will.

Jedermann weiß, daß der Wunsch nach Diskretion mit der Steuerbelastung zusammenhängt. Angesichts des neuen Steuerrechts in Sachen Geldanlage und der sehr hohen Freibeträge sollte freilich jeder Arzt neu überprüfen, ob er wirklich diskreter Dienste noch bedarf. Die Freibeträge gelten nicht nur für den Anleger und den Ehe-

partner, sondern auch für die Kinder. Bleibt dann immer noch Geld zum Anlegen übrig, dann lohnt es sich, sorgfältig abzuwägen: Einmal den dreißigprozentigen Quellensteuersatz, zum anderen die individuelle prozentuale Steuerbelastung. Mancher, der wirklich ganz kühl überlegt und nicht panisch bei allem, was mit dem Finanzamt zu tun hat, reagiert, wird überrascht feststellen, daß sich das geheimnisvolle Getue oft gar nicht lohnt.

Wer nach solchem Abwägen zu dem Ergebnis kommt, er müsse dennoch diskrete Dienste in Anspruch nehmen, der sollte sich zumindest an bekannte und seriöse Adressen halten, statt sein Geld einem charmanten Gauner zustecken. Der ist damit bald über alle Berge, in der schönen Gewißheit, daß der anlegende Arzt ihn nie anzeigen wird – weil es ja um eine diskrete Anlage ging. NJ